



In der Berichterstattung beispielsweise werden nun schon seit Jahren die so genannten Reformen – Agenda 2010, Hartz IV, Rente mit 67 und so weiter – als alternativlos angepriesen. Gewiss, es gibt Gegenstimmen. Ihnen kommt aber in den Medien in keinem Fall das gleiche Gewicht zu wie den Stimmen der »Reformer« aus Politik und Wirtschaft. Warum ist das so?

In einem kritischen Kommentar zu der gerade erst vom Rundfunkrat empfohlenen Gebührenerhöhung für das öffentlich-rechtliche Fernsehen heißt es: »Wo bleibt da bitte das Gleichgewicht zu den privatwirtschaftlichen Medien, die ihr Auskommen tagtäglich am Markt sichern müssen?« Der Kommentator ist so in seinem System gefangen, dass er den eigentlichen Problempunkt gar nicht sieht, obwohl er in seinen Ausführungen enthalten ist: Die privatwirtschaftlichen Medien sichern ihr Auskommen am Markt, indem sie die Meinung derer verbreiten, die den Markt beherrschen. Das sind die großen Unternehmen, die Medienkonzerne und die Politiker und Politikerinnen, die nach diesen privatwirtschaftlichen Interessen Politik machen.

Weil das so ist, behält der als konservativ geltende Paul Sethe, einer der fünf Gründungsherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, auch weiterhin mit seiner Feststellung Recht: »Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.«

Die Hetze des Springer-Konzerns gegen DIE LINKE ist vor diesem Hintergrund einfach zu verstehen: DIE LINKE hinterfragt das herrschende Wirtschaftssystem und fordert eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Fortschritt. Um dem deutschen Lohndumping zu begegnen, werben wir zum Beispiel für einen allgemeinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Der Springer-Konzern aber versendet seine Produkte über die PIN AG, ein Unternehmen, das der Deutschen Post mit ausbeuterischen Dumping-Löhnen Konkurrenz macht. Mit seiner marktbeherrschenden Stellung scheut Springer daher nicht zurück, seine einzelwirtschaftlichen Interessen gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit und gegen die wirtschaftspolitische Vernunft durchzusetzen.

Immer wieder neue Freiräume in der Meinungsbildung zu schaffen, ist vor diesem Hintergrund eine dauerhafte Herausforderung. Die weitere Pressekonzentration muss verhindert und journalistische Mitbestimmung verstärkt werden. DIE LINKE, die den Schwachen in der Gesellschaft eine Stimme geben möchte und auch diejenigen versucht anzusprechen, die nicht selbst von sozialer Not betroffen sind, sich aber eine gerechtere Gesellschaft wünschen, ist auf einen informierenden, kritischen Journalismus besonders angewiesen.

Oskar Lafontaine, 2008